

Grußwort Bezirksfrauenkonferenz 12. Juli 2025

Nele Techen, stellvertretende Vorsitzende, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg

Liebe Kolleginnen, liebe Delegierte, liebe Frauen,

vielen Dank Susanne, auch von mir herzlich Willkommen bei unserer Bezirksfrauenkonferenz unter dem Motto „MehrWert Gleichstellung“. Ich freue mich sehr auf den heutigen Tag und die Konferenz. Ich freue mich, dass Elke Hannack, die stellvertretende Bundesvorsitzende und Anja Piel, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands bei unserer Konferenz sind. Anja ist Patin unseres Bezirks und dass ihr alle hier seid.

Ich starte mit einer Zahl: 148.115 diese Zahl will ich herausstellen. Bitte merkt euch die Zahl. Ich komme später noch darauf zurück.

Gleichstellung hat für den DGB und für unsere Mitgliedsgewerkschaften einen sehr hohen Stellenwert. Wir setzen uns nach innen in die Gewerkschaften und nach außen für Gleichstellung in der Arbeitswelt, im Privaten und in der Gesellschaft ein.

In der konkreten Gestaltung nehmen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalrätinnen eine zentrale Rolle ein.

Wir haben seit 2022 mit Yasmin Fahimi das erste Mal eine Frau als Vorsitzende des DGB Bundesvorstands und Christiane Benner als Vorsitzende der IG Metall zeigt, dass dies auch in einer männerdominierten Gewerkschaft gelingt.

Frauen- und Gleichstellungspolitik ist bei uns in der DGB-Satzung verankert. Dort steht:

„Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und

Männern in allen Betrieben und Verwaltungen, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, auch unter Anwendung der Strategie des Gender-Mainstreaming, ein; sie werden aktiv Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus Gründen des Geschlechts, rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung bekämpfen.“

Das heißt nicht, alles läuft von selbst, natürlich müssen wir Frauen diese Ziele immer wieder nach innen und nach außen erkämpfen.

In den DGB Bezirken ist die Bezirksfrauenkonferenz das das höchste Beschlussgremium. Wir ziehen Bilanz über die letzten vier Jahre und beraten Anträge, die vom Bezirksfrauenausschuss und von den Gewerkschaften eingebracht werden.

Dazwischen treffen sich im Jahr sich die Vertreterinnen des DGB und unserer 8 Mitgliedsgewerkschaften im Bezirksfrauenausschuss, um die Beschlüsse der Bezirksfrauenkonferenz zu konkretisieren, zu beraten, welche Aktivitäten gemeinsam angegangen werden. Auch um sich auszutauschen, wie die Situation in den Gewerkschaften aussieht, **Erfolge zu teilen.**

Dass Frauen wählen gehen konnten, ist immerhin schon 1918 eingeführt und 1919 umgesetzt worden, Frauen müssen nicht mehr nach Erlaubnis fragen, wenn sie arbeiten wollen - das Gesetz wurde erst im Jahr 1977 geändert.

Wir haben einen modernen Mutterschutz, wir haben einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem sehr viele Frauen profitieren, es gibt mehr Frauen in Führungspositionen – wir sind noch nicht genug! Wir haben ein Entgelttransparenzgesetz und ein Gesetz für mehr Frauen in Führung. Da ist immer noch Luft nach oben in – keine Frage.

Ich sage das hier so deutlich, weil es wichtig ist, dass wir uns das immer verdeutlichen: mit gemeinsamer Stärke können viel erreichen und durchsetzen!

An diesen Errungenschaften haben Gewerkschafterinnen einen großen Beitrag geleistet und haben sie weiterhin: In Tarifverhandlungen, als engagierte Betriebsrätin, als Personalrätin, oder Vertrauensfrau

Zentral ist der 8. März, der Internationale Frauentag; seit zwei Jahren sind wir aktiv beteiligt der Demo „feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich“. Zunächst waren Verdi- und GEW-Kolleginnen mit im Bündnis, jetzt sind wir zusammen mit allen Mitgliedsgewerkschaften, mit der NGG, IGBCE, IG Metall, EVG und IG BAU-Kolleginnen und einem eigenen Lauti dabei. In diesem Jahr waren es 25.000 Menschen Frauen und auch Männer, um ihre Forderungen auf die Straße zu bringen. Die GdP-Kolleginnen und Kollegen begleiten uns dabei und sichern den Ablauf und die Wegstrecke.

Herzlichen Dank!

Klar ist auch, wir sind noch nicht angekommen, wo wir hinwollen– Es gibt immer noch viel zu viel Ungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Ungleichheit in der Bezahlung, - die Lohnlücke ist zwar kleiner geworden - beträgt immer noch 16% - das sind 16% zu viel;

Wir haben auch eine große Ungleichheit in der Verteilung der Sorgearbeit. Frauen* leisten in Deutschland mit 80 zu 20 deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit, was neben der geringeren Bezahlung eben auch zu schlechteren politischen Einflussmöglichkeiten führt.

Wir kämpfen für Verteilungsgerechtigkeit. Das meint: Faire Löhne für alle, Tarifbindung und eine bessere Bezahlung in Branchen wie Pflege und Erziehung, in denen überwiegend Frauen arbeiten! Verteilungsgerechtigkeit bedeutet auch:

Umverteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit: Frauen bei der Sorgearbeit entlasten.

Ich habe von der Errungenschaft des Mindestlohns gesprochen– wir kämpfen für eine Stärkung der Tarifbindung!

Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung sind der Schlüssel für Verbesserungen in der Arbeitswelt. Wenn Unternehmen tarifgebunden sind, erhalten Frauen dort höhere Löhne und Gehälter als in Betrieben ohne Tarifbindung – im Schnitt rund 3,60 Euro mehr in der Stunde. Das macht viel aus am Monatsende, aber auch später in der Rente, denn Altersarmut ist immer noch hauptsächlich weiblich. Außerdem schaffen Tarifverträge Transparenz, legen Gehaltstabellen offen und schaffen Rechtssicherheit – insbesondere dann, wenn ein Betriebs- oder Personalrat für die Einhaltung und korrekte Anwendung des Tarifvertrags sorgt.“

Wir haben in Berlin und Brandenburg sehr angespannte Haushalts- und Kürzungsdebatten hinter uns in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Jugend und Soziales und auch auf Bundesebene wurden wichtige Vorhaben wie die Kindergrundsicherung kaputtgespart und blockiert.

Warum ist diese Kürzungspolitik für uns als feministische Gewerkschafterinnen ein Problem? Frauen haben deutlich weniger Einkommen als Männer. Sie sind häufiger alleinerziehend und häufiger von Altersarmut betroffen. Frauen besitzen rund 30 Prozent weniger Vermögen aus Mietimmobilien oder Finanzanlagen oder Versicherungsguthaben als Männer; beim Betriebsvermögen sind es sogar 80 Prozent weniger.

Aufgrund dieser Lebensrealitäten benötigen Frauen stärker als Männer einen handlungsfähigen Staat, der die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur investiert und auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen kann.

Wenn bei öffentlichen und sozialen Leistungen gespart wird, trifft es Frauen ungleich härter.

Aber Protest wirkt: So wurden die Kürzung bei der Tarifvorsorge zurückgenommen. Das ist ein Topf, den wir gewerkschaftlich erkämpft haben, um die Angleichung der Tarife bei den Freien Trägern an den öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Das war richtig, denn es ist klar: Gute Arbeit und Tarifbindung bei freien Trägern müssen auch bezahlt werden!

Gerade in Zeiten so vieler Krisen sichern Investitionen Berlins Zukunftsfähigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns deshalb Kürzungen insbesondere zulasten der Beschäftigten sowie der wirtschaftlich und sozial Benachteiligten entschlossen entgegen.

Frauen sind in deutschen Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert – auch im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag liegt bei 32,4 %, was einem Rückgang von 2,4 Prozentpunkten gegenüber der vorherigen Legislaturperiode entspricht. Parität im Parlament bedeutet, dass alle Interessen gleichermaßen berücksichtigt werden. Eine Demokratie, die den Anspruch hat, die gesamte Gesellschaft zu vertreten, kann es sich nicht leisten, dass Frauen weiterhin strukturell benachteiligt werden“. Wir begrüßen es, dass Berlin sich weiter auf den Weg macht und mit einem Gutachtens verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Ausgestaltungsmöglichkeiten eines Paritätsgesetzes prüft.

Leider nimmt Gewalt gegen Frauen und Belästigung am Arbeitsplatz zu. Für viele Frauen ist das eigene Zuhause kein sicherer Ort. Jede dritte Frau in Deutschland ist in ihrem Leben mindestens einmal von Gewalt betroffen. Etwa jede vierte Frau hat körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren aktuellen oder

früheren Partner erfahren. Ein großer Erfolg der Gewerkschaften war die Verabschiedung der ILO-Konvention 190 im Jahr 2019: Mit der Konvention existiert nun ein internationales Übereinkommen, das verbindliche Mindeststandards regelt und Grenzen setzt, um Beschäftigte vor Gewalt und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu schützen.

In Deutschland wird das Übereinkommen mit dem „Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“ umgesetzt. Nun kommt es in der Umsetzung darauf an, konkrete Maßnahmen für eine Arbeitswelt frei von Belästigung und Gewalt zu ergreifen.

In diesem Jahr haben sich die DGB-Frauen gemeinsam für das Gewalthilfegesetz eingesetzt, das einen Rechtsanspruch der Opfer häuslicher Gewalt auf sofortigen Schutz und eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen beinhaltet. Das Gewalthilfegesetz wurde schließlich 2025 verabschiedet, wengleich der Rechtsanspruch erst 2032 in Kraft treten wird. Und: Wir brauchen natürlich auch ein ausreichendes Angebot von Frauenhausplätzen

Trotz vieler Erfolge sind Frauen vom eigentlichen Ziel der Gleichberechtigung noch immer weit entfernt. Das gilt für den privaten Bereich, aber noch stärker für den beruflichen und politischen Alltag. Darum ist auch großartig, dass wir uns zusammen mit allen Mitgliedsgewerkschaften zusammenschließen und wir weiter das Zepter der Gleichstellung hochhalten.

Um auf die Zahl zurückzukommen. Wir sind 148.115 weibliche Mitglieder in den DGB Gewerkschaften, das ist schon die Power einer mittelgroßen Stadt.

In diesem Sinn wünsche ich uns eine erfolgreiche Frauenkonferenz und möchte mich bei eurem Engagement bedanken. Herzlichen Dank an Anna und die Kolleg*innen, die die Konferenz mit viel Herzblut vorbereitet haben.